

«Männer werden benachteiligt»

Geht es um die Scheidung, würden Männer von ihren Ehefrauen oft vor vollendete Tatsachen gestellt werden, erklärt Hansjörg Frick vom Verein für Männerfragen. Dies kratzt häufig an der Zahlungsmoral, wenn Unterhaltspflichten für Kinder anfallen.

Interview: Julia Kaufmann

Immer wieder müssen sich unterhaltspflichtige Elternteile wegen der Verletzung der Unterhaltspflicht vor dem Landgericht in Vaduz verantworten. Ausschlaggebend hierfür ist oft die fehlende Zahlungsmoral. Eine Tatsache, der auch **Hansjörg Frick**, Präsident des Vereins für Männerfragen, nicht widersprechen kann. Allerdings ist es für ihn wichtig, zu erklären, weshalb die Zahlungsmoral nicht immer vorhanden ist.

Der Verein für Männerfragen bietet Erstberatungen im rechtlichen Sinne an. Über was für Anliegen wird häufig gesprochen?

Hansjörg Frick: Jährlich beraten wir um die 100 Männer – Tendenz steigend. Die Hauptanliegen drehen sich um Trennung, Scheidung oder den Kontakt zu den Kindern. Das Thema Unterhaltspflicht gehört selbstredend auch dazu. Schliesslich ist die Situation in den meisten Fällen nach wie vor so, dass der Vater zum Unterhalt verpflichtet wird. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass eine Trennung oder Scheidung ohnehin höhere Kosten generiert, die den Druck auf den Mann erhöhen. Es liegt also nicht immer an einer fehlenden Zahlungsmoral, sondern teilweise schlicht an der fehlenden Möglichkeit, Zahlungen zu entrichten. Denn bei einer Scheidung ist nicht nur für die Kinder Unterhalt zu zahlen, sondern auch für die Ehefrau. In Zahlen ausgedrückt sind das unter Umständen 50 Prozent des Nettolohns oder noch mehr. Existenzängste werden allgegenwärtig und die Männer hinken dem Prozess zudem oft hinterher.

Wie ist das zu verstehen?

Wenn ein Mann von unserem Beratungsangebot Gebrauch macht, hat sich die Frau häufig längst schon für die Trennung entschieden und sich über ihre Rechte aufklären lassen. Der Mann wird mit ihrem Entscheid vor vollendete Tatsachen gestellt. Das kommt oft unerwartet und schürt Konflikte, die in diesem Prozess alles andere als förderlich sind. Daher bin ich der Meinung, dass dieses «Nicht-bezahlen-Wollen» vielfach mit Verletzungen einhergeht, die von der anderen Seite gar nicht als solche wahrgenommen werden.

Wie könnte diesem Problem begegnet werden?

Aus unserer Sicht wäre es sinnvoll, wenn sich beide Elternteile nicht getrennt voneinander beraten lassen, sondern gemeinsam zum Termin erscheinen. Doch das ist leider nur selten der Fall. Daher versuchen wir zumindest, den Mann nicht nur über seine Rechte aufzuklären, sondern nehmen die ganze Familie in den Fokus. Sie



Hansjörg Frick würde sich unter anderem eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Verein für Männerfragen und der Informations- und Beratungsstelle für Frauen (Infra) wünschen.
Bild: Archiv, Tatjana Schnalzer

existiert selbst dann weiter, wenn sich Eltern trennen.

Glauben Sie, mit dieser systemischen Beratung erfolgreich zu sein? Ich bin davon überzeugt, dass der Verein für Männerfragen in den vergangenen Jahren einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet hat, dass die Rückzahlungsquote der vom Land Liechtenstein bevorschussten Unterhaltszahlungen von 22 auf 28 Prozent angestiegen ist.

Wann sind aus Ihrer Sicht die Voraussetzungen für eine höhere Zahlungsmoral gegeben?

Wenn ein unterhaltspflichtiger Vater oder auch eine unterhaltspflichtige Mutter weiterhin Kontakt zu den Kindern haben, der vereinbarte Unterhalt angemessen ist und allen ein neues Leben ermöglicht, vorhandene Schulden berücksichtigt und keine neuen generiert werden – zum Beispiel durch Scheidungskosten. Ausserdem dann, wenn die Arbeit ein eigenes Einkommen sichert und beide Elternteile sich im Interesse ihrer Kinder auf Lösungen fokussieren.

Eine zentrale Anlaufstelle wäre bestimmt auch sinnvoll.

Wir haben diesen Vorschlag schon vor rund acht Jahren dem Ministerium für Gesellschaft unterbreitet. Jedoch sind wir nicht auf Zuspruch gestossen. Mittlerweile ist es so, dass sich praktisch alle im Landtag vertretenen Parteien die

«Eine Familie gilt auch dann als solche, wenn Eltern getrennt sind.»

Hansjörg Frick
Präsident des Vereins für Männerfragen

Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf die Fahne geschrieben haben. Doch dann müssten sie eigentlich auch feststellen, dass eine Familie auch weiterhin als solche gilt, selbst wenn die Eltern sich getrennt haben und ihnen deshalb eine besondere Unterstützung zum Erreichen der Vereinbarkeit zusteht. Doch das ist bin anhin nicht der Fall.

Kann überspitzt gesagt werden, der Mann als Verdiener muss «blechen»?

Das trifft es ziemlich gut. Uns kommt etwa immer wieder zu Ohren, dass ein Mann kein Mann sei, wenn er seine Probleme nicht selbst lösen könne. Oder dass ein Mann die Scheidung eben finanzieren müsse, wenn es denn so weit komme. Solche Aussagen werden leichtfertig getroffen, weil das Verständnis schlicht dafür fehlt, wenn man sich nicht selbst in einer solchen Lebenslage befindet. Ein Beispiel: Im Landtag wird gerne über die Förderung des ÖV diskutiert und jeder hat eine Meinung dazu. Allerdings nehmen nur zwei der Abgeordneten regelmässig den Bus, alle anderen sind mit dem Privatauto unterwegs.

Arbeiten Sie mit anderen Institutionen wie der Informations- und Beratungsstelle für Frauen (Infra) zusammen?

Unsere Wahrnehmung ist, dass die Fronten früher verhärtet waren, mittlerweile aber eine Annäherung stattgefunden hat. Ein regelmässiger Austausch fehlt jedoch. Das ist aktuell Corona geschuldet, aber auch dem, dass die Ressourcen fehlen und die Infra als frauenpolitische und wir als männerpolitische Organisation angesehen werden. Es liegt sicherlich auch daran, dass es mindestens so viele trennende wie verbindende Themen zwischen uns gibt.

Apropos Corona: Die Anzahl der Beratungen nimmt zu. Wird die Pandemie die Zahlen weiter in die Höhe treiben?

Sie wird sicherlich Langzeitfolgen mit sich bringen. Paare verbringen zwangsläufig viel mehr Zeit miteinander. Bereits vorhandene Spannungen können deshalb kaum mehr gelöst werden.

Welchen Beitrag könnte das Land Liechtenstein leisten?

Aus meiner Sicht können weiterhin unterschiedliche Fachstellen im Land tätig sein. Allerdings sollte der Staat den Auftrag an diese so definieren, dass Beratungen für die ganze Familie angeboten werden und in diesem Sinne nach einer ganzheitlichen Lösung gesucht wird. Die Institutionen sollen an Vorgaben gebunden werden, die in den Leistungsvereinbarungen festgehalten sind. Ausserdem bräuchte es mehr Sensibilisierungs-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit und es soll ein regelmässiger Austausch mit und unter den verschiedenen Organisationen stattfinden. Des Weiteren sollen die finanziellen Mittel gleichmässig verteilt werden. Momentan ist es so, dass etwa die Infra 220 000 Franken an Unterstützungsleistungen erhält, wir hingegen lediglich 30 000 Franken.

Sind Sie zuversichtlich, dass sich in näherer Zukunft aufseiten des Landes etwas tun wird?

Hätten Sie mich vor zwölf Jahren gefragt, als wir den Verein gegründet haben, hätte ich behauptet, dass wir in vier bis fünf Jahren Erfolge sehen werden. Diese Zuversicht habe ich nicht verloren, jedoch glaube ich nicht mehr, dass sich so schnell etwas wandelt. Eine Veränderung tritt nur dann ein, wenn Menschen für eine Sache eintreten und kämpfen. Im Scheidungskontext haben wir es allerdings mit Personen zu tun, die gar nicht erst in diese Situation geraten wollten und froh sind, wenn es möglichst schnell vorbei ist, damit sie sich auf ihr neues Leben konzentrieren können. Mit dem, was vorher war, wollen sie nichts mehr zu tun haben.

LIVING TINY
BY GLOVITAL

Einfach mehr zum Leben



Singlehäuser
Tiny Houses
Freizeithäuser
Saunahäuser
Containerhäuser
Campingpods

- ⊗ Modul-Elementbau
- ⊗ Schlüsselfertig
- ⊗ Massgefertigt
- ⊗ Montage von Bauprofis

Living Tiny live:



Besuchen Sie unsere grosse Ausstellung in Arbon.

GLOVITAL AG
Für das Leben zuhause

St. Gallerstrasse 34a
9320 Arbon
T 071 868 77 66
www.glovital.ch